

Herrn
Bundespräsident Joachim Gauck
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

8.5.2014
Jahrestag
des Endes des 2. Weltkrieges

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz zu Beginn dieses Jahres haben Sie, Herr Gauck als Bundespräsident mehr Engagement Deutschlands in der Welt gefordert. Dies wollten Sie auch militärisch verstanden wissen. Deutschland müsse im Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Nato bereit sein, die Risiken fair zu teilen und dürfe sich nicht hinter seine Schuld verstecken, sondern sich „früher, entschiedener und substantieller“ einbringen. In ähnlicher Weise äußerten sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (die Bundeswehr hat noch mehr Kapazitäten für Auslandseinsätze!). Es ist unsere Sorge, dass hier unisono einer Neujustierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik das Wort gesprochen wird. Als christliche Friedensorganisation sehen wir darin die falschen politischen Signale.

Gemeinsam mit Ihnen sagen wir durchaus Ja zur stärker gewordenen Verantwortung Deutschlands bei globalen Überlebensfragen. Diese muss unserem Verständnis nach einer nachhaltigen Friedenslogik statt einer Sicherheits- und Militärlogik folgen. Die größten Herausforderungen in der heutigen Welt sind eben nicht militärisch zu lösen, sondern nur dialogisch mit vorausschauender Diplomatie, Kulturaustausch und gerechter Entwicklungszusammenarbeit. Deutsche Außen- und Innenpolitik braucht ein klares Bekenntnis des Vorrangs für zivile Konfliktbearbeitung auf nationaler wie internationaler Ebene und damit eine praktische Umkehrung des Verhältnisses der Mittelvergabe für Militäreinsätze und ziviler Friedensdienste. Selbst in den USA stimmen Politik und Wissenschaft zunehmend überein, dass militärische Interventionen ein ineffektives und extrem kostspieliges Instrument sind.

Wir bitten Sie als unseren Bundespräsidenten in diese Debatte um die deutsche Außenpolitik viel stärker die Logik der Gewaltfreiheit und der zivilen Konfliktbearbeitung als Teil deutscher Verantwortung einzubringen statt der Fixierung auf das Militärische.

100 Jahre Beginn des 1. Weltkriegs, 75 Jahre Beginn des 2. Weltkriegs und 25 Jahre Fall der deutschen Mauer sind uns Mahnung und Verpflichtung.

Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören! Wir verbleiben

mit freundlichen Grüßen

f. d. Vorstand des Diözesanverbandes
Christian Artner-Schedler
(Referent für Friedensarbeit)

Abdruck des Schreibens an:
Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen,
Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier
und Mitglieder des Bundestages aus Schwaben